

„GIL“ wäre Beitrag zum Klimaschutz

Appell an deutsche Europaabgeordnete

Von Jürgen Bohlken

COLNRADE ■ Die Klimaschutzdebatte liefert der Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht, Hochspannung“ aktuelle Argumente zur Untermauerung ihrer Forderung nach einer unterirdischen Verlegung der 380-kV-Leitung Ganderkesee-St. Hülfe.

„Wir sehen es als vorrangige Aufgabe in der EU an, dass dem Ziel der umweltschonenden Stromerzeugung auch eine fortschrittliche, energiesparende Stromverteilung folgen muss“, schreibt IG-Sprecher Frank Windhorst aus Colnrade-Beckstedt in einem Brief an die Abgeordneten der Bundesrepublik im Europaparlament. An Zahlen belegt er Energieverschwendungen im Höchstspannungsbereich. Die Leitungsverluste seien

laut E.ON bei Freitrasse siebenmal höher als bei unterirdischen gasisolierten Leitungen (GIL), wie sie die IG fordert. Selbst ein VPE-Erdkabel schneide im Vergleich mit der oberirdischen Variante noch erheblich besser ab.

Würde die Leitung auf der 60-km-Trasse Ganderkesee-St. Hülfe als GIL verlegt, ließen sich hier laut GIL-Hersteller Siemens im Jahr 110 Millionen Kilowattstunden (kWh) einsparen. Das entspricht bei zwölf Cent pro Kilowattstunde einer monetären Einsparung von 13,2 Millionen Euro. Der Kohlendioxidstoß ließe sich um 58,3 Millionen Kilogramm (!) jährlich reduzieren. Warum Konzerne wie E.ON gleichwohl Freileitungen favorisieren, ist der IG klar: Die Netzbetreiber dürfen die Energieverlustkosten auf die Endverbraucher umlegen. Politik, durchführende Mi-

nisterien, Bundesnetzagentur und Netzbetreiber sähen, so Windhorst, auch derzeit keine Chance für Erdverlegung, weil es „europaweit zu einem Umdenken“ kommen müsste, denn: „Ein Alleingang der Bundesrepublik würde angesichts des europäischen Verbundes zu schwerwiegenden Problemen und Nachteilen für deutsche Netzbetreiber“ führen.

„Wir haben mit Freude festgestellt, dass sich das Europäische Parlament den Problemen von Energieerzeugung und -verteilung annimmt. Wir hoffen sehr, dass nicht noch auf die Schnelle Freileitungsnetze ausgebaut werden, die dem weltweiten Klimaschutzabkommen zuwider laufen. Die gewaltige Energieverschwendung durch Freileitungen im Höchstspannungsbereich darf nicht mehr staatliches Handeln in Europa bestimmen, bloß weil damit Investitionskosten bei den Netzbetreibern gespart werden! Ein von der EU verfügbares Moratorium erscheint uns das Gebot der Stunde, damit unverzüglich eine zukunftsweisende europaweite Regelung gefunden werden kann. Wir hoffen sehr auf Ihre Unterstützung und Initiativen im Interesse der Umwelt und der Menschen“, appelliert Windhorst an die Europaabgeordneten. Die Zeit dränge: Das Raumordnungsverfahren für die 380-kV-Trasse sei abgeschlossen, und, so Windhorst, „die Bedrohung wächst auch für andere Regionen durch das jetzt erlassene Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz, das kaum noch grundsätzliche Erörterung und nachfolgend Gesetzesänderung zulässt.“

■ „Moratorium das
■ Gebot der Stunde“